



20. Bundesjugendwerkskonferenz des Jugendwerks der AWO e.V.

31.05. – 01.06.2014 in Oberhof/Thüringen

Antrag Nr. 32

Thema Öffentlichkeitsarbeit weiterentwickeln

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Bundesjugendwerk organisiert Veranstaltungen zur Professionalisierung und
3 zur gemeinsamen Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit des
4 Gesamtverbandes. Die Bedürfnisse/ der Bedarf der Gliederungen zum Thema
5 werden/ wird in einer Auftaktveranstaltung erfasst.

6

7 **Begründung:**

8 Aktuell finden die 1996 beschlossenen Gestaltungsrichtlinien – z.B. für Logo, Schrift
9 und Briefpapier - keine flächendeckende Beachtung mehr, ein Corporate Design
10 existiert nicht. Eine verbandsübergreifende Beschäftigung mit Instrumenten der
11 Öffentlichkeitsarbeit, ihrer professionellen Nutzung für interne und externe Zwecke
12 und der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie hat zum einen das Ziel, einen
13 größeren bundesweiten Wiedererkennungswert des Verbandes zu erreichen. Zum
14 anderen können die Verantwortlichen in den Gliederungen bei ihrer
15 Professionalisierung unterstützt werden und Hilfen zur Erstellung von
16 Pressemitteilungen oder Flyern sowie der Pflege von Webseiten, interaktiven Medien
17 oder Bilddatenbanken erhalten. Dazu sollen eine größere Verzahnung des
18 Bereiches innerhalb des Verbandes erreicht, Austausch ermöglicht, Handreichungen
19 gemeinsam entwickelt und Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden.

20

21 **Kindgerechte Fassung:**

22 Das Bundesjugendwerk soll Treffen anbieten, bei denen die Teilnehmer*innen sich

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

-
- 23 austauschen und lernen können, wie sie das Jugendwerk im Internet oder anderen
 - 24 Bereichen besser präsentieren können. Es sollen dafür auch gemeinsame Hilfen
 - 25 (z.B. in Form von einem Handbuch) erarbeitet werden.

Änderungsantrag Nr. 33/ 34

(Zusammenführung)

Thema **Transparenz und Kommunikation durch internen Bereich**

Antragsteller LJW Sachsen-Anhalt
 LJW Brandenburg
 LJW Thüringen

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Der Bundesjugendwerksvorstand wird beauftragt, verstärkt in Kommunikation mit
3 allen Jugendwerksgliederungen zu treten. Dazu gehört ein geregelter
4 Informationsfluss über Beschlüsse und Veränderungen, die im Bundesvorstand
5 gefasst wurden.

6 Eine adäquate Methode wäre es, einen internen Bereich auf
7 www.bundesjugendwerk.de einzurichten, auf den alle Gliederungen Zugriff erhalten.

8 In diesem internen Bereich sollen sowohl auf einem schnellen, d.h. zeitnahen und
9 unkomplizierten Weg Dateien ausgetauscht, als auch Dokumente vom
10 Bundesjugendwerk einfach heruntergeladen werden können.

11 Darunter verstehen wir unter anderem sämtliche Protokolle, Dokumentationen,
12 Beschlüsse, vergangener Bundeskonferenzen sowie Unterlagen zu aktuellen
13 Sitzungen.

14 Zusätzlich wäre eine Kommentarfunktion wünschenswert.

15 Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte können bei Beschluss der
16 Vorstandsprotokolle Punkte aus diesen entfernt werden bevor sie in den internen
17 Bereich hochgeladen werden.

18

19 **Begründung:**

20 Als basisdemokratischer Kinder- und Jugendverband ist Transparenz auf allen
21 Ebenen unerlässlich. Entscheidungsfindungen sollten für alle Verbandsmitglieder
22 nachvollziehbar und aktuelle Diskussionsprozesse kontinuierlich verfolgbar sein.

23 Durch den internen Bereich würde eine unnötige E-Mail-Flut/Ebbe unterbunden und
24 datenschutzrechtliche Bedenken aus dem Weg geräumt werden.

25 Außerdem wäre jederzeit und überall eine Abrufung der Daten möglich sowie die
26 Möglichkeit vorhanden, diese zu kommentieren und so Anregungen, Bemerkungen

Empfehlung der Antragskommission

- Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

- Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

27 und Fragen anzubringen bzw. auch aufzugreifen.

Antrag Nr. 35

Thema Öffnung von Bundesvorstandssitzungen

Antragsteller Landesjugendwerk der AWO Thüringen

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Der Bundesvorstand wird beauftragt, im Vorfeld von Vorstandssitzungen die
3 Gliederungen zu diesen einzuladen. Hierbei sind auch die vorläufigen
4 Tagesordnungspunkte rechtzeitig zu benennen. So können die Gliederungen
5 entscheiden, inwieweit die zu behandelnden Themen für sie relevant sind und ob sie
6 als Gast an den Sitzungen teilnehmen möchten. Ziel kann es darüber hinaus sein,
7 aufgrund der Bekanntgabe wichtiger Tagesordnungspunkte - auch ohne persönliche
8 Anwesenheit – über den internen Bereich Fragen und Anregungen aus den
9 Gliederungen zu übermitteln. Der Bundesausschuss berät über die Umsetzung des
10 Beschlusses.

11

12 **Begründung:**

13 Die Öffnung der Bundesvorstandssitzungen ist ein wichtiges Mittel, um das Prinzip
14 der Partizipation im eigenen Verband weiter umzusetzen. Den Gliederungen wird so
15 ermöglicht, ihr Wissen zu bestimmten Themen zu äußern und in den bundesweiten
16 Diskussionsprozess einzubinden. Die kontinuierliche Teilnahme von Gliederungen
17 an Bundesvorstandssitzungen kann zudem das Interesse Einzelner an der
18 Vorstandsarbeit auf Bundesebene stärken und längerfristig auf die Übernahme
19 dieser Ämter vorbereiten.

20

21

22 **Kinder- und jugendfreundliche Fassung – Die Erklärung:**

23 Wir wünschen uns, dass der Bundesvorstand uns alle zu seinen regelmäßigen

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

24 Treffen einlädt. Damit die einzelnen Landes- und Bezirksjugendwerke entscheiden
25 können, ob es sich für sie lohnt, dort hinzufahren, möchten wir vorher wissen, was
26 besprochen werden soll. Um dem Bundesjugendwerksvorstand Sicherheit zu geben,
27 müssen sich die Interessierten spätestens nach fünf Tagen zurückmelden, ob sie
28 dabei sein wollen. Schön wäre es, wenn wichtige Anmerkungen auch per Email an
29 den Bundesvorstand gesendet werden können.

30

31 **Begründung:**

32 Damit wirklich alle die Möglichkeit haben, zu sagen was sie denken und was sie
33 bedrückt, wären offene Treffen zu wünschen. Jede/r sollte mit seinen Ratschlägen
34 die Entscheidungen des Bundesvorstands beeinflussen können. Vielleicht bekommt
35 die eine oder andere Person dabei selbst Spaß an der Vorstandsarbeit und kann
36 schauen, wie das so läuft.

Antrag Nr. 37

Thema Mustersatzung Landesjugendwerk mit Untergliederung

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

- 1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**
- 2 In der Mustersatzung Landesjugendwerk mit Untergliederung §6 fünfter Punkt
- 3 Letzter Absatz wie folgt zu Ändern:
- 4 Ein hauptamtliches Anstellungs- oder Beschäftigungsverhältnis beim
- 5 Bundesjugendwerk der AWO e.V., dem Landesjugendwerk der AWO N.N. **und zum**
- 6 **Landesjugendwerk gehörenden Gliederungen** sowie bei Gesellschaften und
- 7 Körperschaften, an denen die vorgenannten Gliederungen beteiligt sind, und
- 8 Vorstands- und Revisionsfunktionen des Landesjugendwerkes sind unvereinbar und
- 9 führen zum Verlust der Wählbarkeit beziehungsweise Funktion.
- 10
- 11 **Begründung:**
- 12 Erfolgt mündlich

Empfehlung der Antragskommission

- | | |
|-----------------|--------------------------|
| Nichtbefassung | <input type="checkbox"/> |
| Annahme | <input type="checkbox"/> |
| Nichtbehandlung | <input type="checkbox"/> |
| Ablehnung | <input type="checkbox"/> |

Beschluss der Konferenz

- | | |
|---------------------------|-------------------------------------|
| Nichtbefassung | <input type="checkbox"/> |
| angenommen | <input checked="" type="checkbox"/> |
| verwiesen an den Vorstand | <input type="checkbox"/> |
| abgelehnt | <input type="checkbox"/> |

Antrag Nr. 38

Thema Fortführung der Seminarreihe „Zukunft der Jugendverbandsarbeit“

Antragsteller Bezirksjugendwerk der AWO Hessen-Süd e.V.,
Bezirksjugendwerk der AWO Westliches Westfalen,
Bezirksjugendwerk der AWO Nordrhein-Westfalen,
Landesjugendwerk der AWO Saarland e.V.,
Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.,
Landesjugendwerk der AWO Thüringen e.V.,
Ortsjugendwerk Erfurt

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Es sollen weitere Seminare rund um das Schwerpunktthema
3 „Jugendverbandsarbeit“ auf Bundesebene veranstaltet werden. Auch in diesen
4 zukünftigen Veranstaltungen soll es darum gehen, Diskussionen und Austausch
5 unter den JW-Gliederungen zu aktuellen Herausforderungen und
6 Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus
7 sollen weiterhin - auch über eine evaluierende Begleitung der Veranstaltungen durch
8 Mitglieder des Bundesvorstands und den zusätzlichen Input von eingeladenen
9 'Expert*innen' - gemeinsam praktische Handlungsoptionen für die Aktiven im
10 Jugendwerk entwickelt werden.

11 Die Veranstaltungen der Seminarreihe sollen jeweils für sich einen aussagekräftigen
12 Titel haben, in dem das genaue Thema des Wochenendes deutlich wird. Die
13 Formulierung „Seminarreihe Zukunft der Jugendverbandsarbeit (JVA)“ kann lediglich
14 als Untertitel darunter erscheinen und nicht nummeriert werden

15

16 **Begründung**

17 Bereits während der Veranstaltungen wurde eine Dringlichkeit, sich mit der Analyse
18 und Weiterentwicklung der Arbeit im 'eigenen' Verband allgemein und der Arbeit mit
19 den Zielgruppen zu beschäftigen, spürbar. Diese äußerte sich u.a. durch eine Fülle

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

-
- 20 von Folgethemen, Diskussionen und Fragen, die durch die Beschäftigung mit den
21 vorgegeben Themen angestoßen, aus Zeitgründen aber nicht abschließend
22 behandelt oder berücksichtigt werden konnten.

Antrag Nr. 39

Thema Revisionsordnung

Antragsteller Marian Opsölder (LJW NRW), Johanna Wenzel (LJW Schleswig-Holstein), Anna Schweig (LJW Saarland), Stephanie Port (LJW Saarland), Arthur Gerlach (LJW Saarland), Daniel Tiesch (LJW Schleswig-Holstein)
(unterschrieben von mind. 6 anwesende Delegierte aus mind. 3 LJW oder BJW)

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Bundesjugendwerk erstellen bis zur nächsten ordentlichen
3 Bundesjugendwerkskonferenz eine Revisionsordnung, die in der Satzung verankert
4 werden soll. Diese wird auf der 21. Bundeskonferenz zur Abstimmung vorgelegt.

5

6 **Begründung:**

7 Die Revision ist sehr unübersichtlich im Jugendwerk geregelt. Daher finden wir, dass
8 nach 36 Jahren Bundesjugendwerk sich das Jugendwerk eine eigene
9 Revisionsordnung geben sollte.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

Antrag Nr. 40

Thema Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

Antragsteller Ronny Bälz (LJW Berlin), Matthias Fibelkorn (BJW Braunschweig), Dominique Hannig (LJW NRW), Julia Bielewicz (BJW OWL), Murielle Bühlmeyer (BJW OWL), Hendrik Heinsmann (BJW OWL), Annika Salzinger (LJW SH), Johanna Welzel (LJW SH), Martina Beez (LJW Thüringen), Laura Kleb (LJW Thüringen)

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Seit Juni 2013 verhandeln die Europäische Kommission und die Regierung der
3 Vereinigten Staaten von Amerika über ein Freihandelsabkommen. Der Arbeitstitel
4 lautet „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP. Die Ergebnisse
5 des Vertrages betreffen die gesamte Bevölkerung der USA und der EU, aber die
6 Verhandlungen hierüber finden im Geheimen statt.

7 Während in früheren Abkommen dieser Art in erster Linie Zölle abgeschafft wurden,
8 sollen nun so genannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“ abgebaut werden.
9 Hierunter fallen sämtliche staatlichen Bestimmungen, die der freien Marktwirtschaft
10 im Wege stehen. Diese betreffen im Besonderen den Umwelt- und
11 Verbraucher*innen-schutz, die Arbeitnehmer*innenrechte und den Datenschutz. Es
12 besteht die berechtigte Annahme, dass damit die Standards jeweils auf das
13 niedrigste Niveau gesenkt werden.

14 Da dieses Abkommen somit den Abbau sozialer und ökologischer Standards zur
15 Ausweitung des freien Marktes bedeuten würde, wollen wir uns dieser Bedrohung
16 durch die Unterstützung des Bündnisses „TTIP – unfairhandelbar“ entgegenstellen.

17 Das Bündnis ist der Überzeugung, dass es sich bei den scheinbar positiven
18 Aspekten von Wirtschaftswachstum und Fortschritt durch die Implementierung des
19 TTIP um eine Mogelpackung handelt – Wir (das Jugendwerk) auch!

20

21 **Leichte Sprache:**

22 Verschiedene Länder und Konzerne, die auf der ganzen Welt ihre Waren verkaufen,
23 arbeiten gerade zusammen an verschiedenen Vereinbarungen, die ihre
24 Zusammenarbeit auf der ganzen Welt vereinfachen soll. Es weiß aber niemand
25 genau, wer darüber verhandelt und was genau dort besprochen wird.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

26 Vertreter*innen, die nicht zu großen Firmen gehören, werden dazu leider nicht
27 eingeladen und auch nicht über die genauen Ziele und Inhalte informiert. Das wird
28 von vielen Vereinen kritisiert, weil sie dort mitreden möchten, um auch die
29 Möglichkeit zu bekommen, dass ihre Interessen in den Vertrag kommen. Diese
30 Vereine befürchten, dass dort Absprachen getroffen werden, die die Rechte vieler
31 Menschen oder auch Gesetze für den Naturschutz nicht ernst nehmen.

32 Um zu zeigen, dass auch das Jugendwerk dieses Handeln nicht gut findet, möchten
33 wir uns einem Bündnis (= Zusammenschluss verschiedener Vereine) anschließen.
34 Dieses Bündnis fordert, dass allen gesagt wird, was für diesen Vertrag besprochen
35 wird und dass auch andere Vereine dazu eingeladen werden.

36 **Begründung:**

37 Ein im März 2014 von unseren Freunden den Falken gefasster Beschluss machte auch uns
38 wieder auf die Brisanz dieses Themas aufmerksam.

39 Welche Lobby- und Interessensgruppen Zugang und Einfluss in den TTIP
40 Verhandlungen haben, ist absolut undurchsichtig. Gewerkschaften und Vertreter*innen der
41 Zivilgesellschaft sind jedoch aus dem Prozess ausgeschlossen.

42 In den USA wird beispielsweise die Zulassung von Medikamenten wesentlich strenger
43 reguliert, in weiten Teilen Europas besteht eine stärkere Lebensmittelkontrolle. In
44 Großbritannien, Deutschland und Frankreich sind es demnach hauptsächlich die
45 Vertreter*innen der Pharma- und Automobilindustrie, die sich für TTIP engagieren. Unter
46 den Lebensmittelhersteller*innen der USA besteht zum Beispiel die Hoffnung, in Zukunft
47 auch genmanipuliertes Saatgut zum Anbau von Gemüse in der EU abzusetzen.

48 Zudem droht durch das TTIP eine weitere Privatisierungswelle. Öffentliche Dienstleistungen
49 sollen komplett zur Ware werden. Das wird etwa auch Bildung, Gesundheit sowie alle
50 Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge umfassen. Möglich machen könnte dies unter
51 anderem das Instrument des Konzern-Staats-Schiedsgericht. Vor diesem können
52 Unternehmen gegen Staaten vorgehen, von deren Gesetzgebung sie sich in ihrem
53 Gewinnstreben eingeschränkt sehen. Demokratische Regelungen können damit von
54 Konzernen angefochten werden, wenn sie den freien Markt bedroht sehen.

55 Besorgniserregend sind auch die geplanten Verschärfungen im Bereich des geistigen
56 Eigentums. Angestrebt sind weniger Rechte für Internetnutzer*innen und ein weiterer
57 drastischer Abbau des Datenschutzes. Die Ausweitung des Copyrights wird die Zugänge
58 zu Wissen einschränken und den Einfluss von Firmen und Banken auf Bildung und
59 Wissenschaft verstärken. Die Pläne zum „geistigen Eigentum“ entsprechen damit den
60 Inhalten von ACTA, was erst 2013 erfolgreich abgeschmettert wurde.

61 Im Vordergrund des Bündnisses „TIPP-unfairhandelbar“ stehen neben Vernetzung und
62 Informationsaustausch, besonders Aufklärung und der Aufruf an alle interessierten
63 Menschen und Organisationen, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu
64 beteiligen. Den Politikern und Wirtschaftskapitänen soll deutlich gemacht werden, dass
65 Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die
66 aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-
67 ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz
68 anders aus!

69 Quellen: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Beschluss Bundesausschuss am
70 22.-23.03.2014; <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/>

Antrag Nr. 1

Thema Bessere finanzielle Ausstattung für Träger der Jugendverbandsarbeit

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung für Träger*innen der
3 Jugendverbandsarbeit!

4

5 Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen
6 sinkt. Gleichzeitig werden die Menschen in Deutschland immer älter. Die Gruppe
7 Derjenigen, die arbeiten und damit Diejenigen, die jung sind und Diejenigen, die alt
8 sind, unterstützen, wird zunehmend kleiner. Pro Kopf werden die jungen Menschen
9 von heute für wesentlich mehr Ältere später sorgen müssen, als es aktuell der Fall
10 ist. Diese junge Generation wird die Kosten des demographischen Wandels
11 maßgeblich schultern müssen.

12 Auf Grund dieser demographischen Entwicklungen werden zukünftig sehr viel mehr
13 Menschen in pflegenden Berufen tätig sein müssen. Die Ausbildung für diese Berufe
14 ist in Deutschland nicht besonders attraktiv. Die schulischen Ausbildungsberufe wie
15 z.B. Kranken- und Altenpfleger*innen, Sozialassistent*innen oder Erzieher*innen
16 werden nicht vergütet. Das heißt die Auszubildenden (viele von ihnen sind junge
17 Frauen) bekommen während ihrer Ausbildung kein Geld. Einige müssen sogar Geld
18 bezahlen. Diese jungen Menschen müssen häufig neben ihrer Ausbildung jobben,
19 um sich Ausbildung und Leben leisten zu können. Minderjährige Auszubildende oder
20 Schüler*innen, die nebenbei Geld verdienen müssen, werden auch weiterhin für
21 prekäre Löhne arbeiten.

22 Die Bundesregierung hat mit ihrer bisherigen Arbeit und den bereits verabschiedeten

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

23 Gesetzen wenig für jüngere Generationen getan. Die Einführung eines
24 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns wird vollzogen, jedoch soll dieser nicht
25 für alle Arbeitnehmer*innen gelten, obwohl dies im Koalitionsvertrag so
26 festgeschrieben und im Vorfeld der Bundestagswahlen von der SPD so gefordert
27 war. Ausgenommen vom Mindestlohn werden zukünftig u.a. alle jungen
28 Arbeitnehmer*innen, die noch nicht volljährig sind sowie alle Auszubildenden. Es
29 gibt außerdem teure Rentengeschenke für einige. Die Energiewende, die wir für
30 notwendig halten, wird zukünftige Generationen viel Geld kosten. Die Auswirkungen
31 der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird wahrscheinlich junge und
32 nachfolgende Generationen finanziell stark belasten. Diese jungen Generationen
33 werden Kraft und Energie für diese Herausforderungen benötigen. Sie werden "fit"
34 sein müssen um all diese gesellschaftlichen Herausforderungen meistern zu
35 können.

36 Leider haben in Deutschland nicht alle Kinder und Jugendliche die gleichen
37 Startchancen. In diesem Land werden junge Menschen aufgrund von äußeren
38 Merkmalen wie soziale, kulturelle oder ethnische Herkunft, Geschlecht, Alter oder
39 Namen stigmatisiert. Ihnen wird attestiert, sie wären weniger klug, weniger
40 wissbegierig oder weniger lernbereit als andere. Aufgrund dieser Stigmatisierungen
41 haben sie schlechtere Chancen als andere. Dieser Ungerechtigkeit versuchen wir
42 mit unserer Arbeit entgegen zu wirken.

43 Wir als Jugendwerk der AWO leisten gemeinsam mit anderen Jugendverbänden und
44 Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe einen wichtigen Beitrag zur
45 Demokratisierung und Stärkung junger Menschen. Wir setzen uns mit unseren
46 Maßnahmen vor Ort dafür ein, mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen. Der
47 wissenschaftlich belegte Zusammenhang zwischen Herkunft und Chancen für
48 Kinder und Jugendliche in Deutschland bestärkt uns in unserem täglichen Handeln.
49 Wir setzen uns besonders für jungen Menschen ein, die nicht immer auf der
50 Sonnenseite des Lebens stehen. Wir arbeiten mit jungen Menschen für junge
51 Menschen. Wir verstehen uns als politische Interessenvertretung für Kinder und
52 Jugendliche. Um diese auch zukünftig wichtige gesellschaftliche Aufgabe
53 wahrnehmen zu können, ist eine angemessene, gute und verlässliche finanzielle
54 Ausstattung notwendig.

55

56 In ihrer Arbeit sind Jugendwerke allerorts von öffentlichen Fördermitteln abhängig.
57 So werden Personalstellen ebenso finanziert wie Projekte, Bildungsangebote oder
58 Veranstaltungen. Ohne entsprechende Gelder in ausreichender Höhe ist die
59 wertvolle und nachhaltige Arbeit nicht zufriedenstellend möglich. Jugendwerke der
60 AWO sind abhängig von Unterstützung, da sie im Unterschied zu Unternehmen
61 keine messbaren finanziellen Erträge hervorbringen und sich nicht selbst tragen.
62 Das ist allerdings auch nicht deren Anspruch. Vielmehr ist es das Ziel, benachteiligte
63 Kinder und Jugendliche zu unterstützen, ihnen eine Interessensvertretung zu bieten,
64 sie zu bilden und auf dem Weg zu mündigen und gefestigten jungen Erwachsenen
65 zu begleiten. Oftmals fehlt ihnen eine politische und gesellschaftliche Lobby, eine
66 Unterstützung jenseits der Schule, die an sie glaubt, ihnen Räume schafft und ihnen
67 ermöglicht, sich fernab der alltäglichen Erwartungen und Anforderungen zu
68 entwickeln.

69 Das Jugendwerk der AWO bietet Kindern und Jugendlichen, ganz gleich welcher
70 Herkunft, Religion, Sexualität oder Lebenswelt eine gelebte Demokratie, ein
71 Wertesystem ohne die gesellschaftlichen Stereotypen und Stigmatisierungen. Es
72 bietet Möglichkeiten, in einem informellen Rahmen Bildung als etwas
73 Ungezwungenes, etwas Schönes zu erleben. Haupt- und ehrenamtlich Aktive
74 arbeiten gemeinsam an einem Ziel, unterstützen sich gegenseitig und machen
75 Mitsprache und Eigenverantwortung erlebbar. Die finanziellen Mittel, die ihnen
76 hierbei zur Verfügung stehen werden sinnvoll und bedacht eingesetzt und zwar
77 insbesondere für Diejenigen, die im Alltag häufig Mangel und Einschränkungen
78 erleben.

79

80 Leider erleben dabei auch Gliederungen des Jugendwerkes der AWO einen Mangel,
81 der durch eine zu geringe finanzielle Ausstattung entsteht. Personalstellen können
82 nicht im ausreichenden Maße finanziert werden, Veranstaltungen können aufgrund
83 der hohen Kosten nicht stattfinden, an Weiterbildungen der ehrenamtlich Aktiven
84 muss gespart werden, die Liste der Einschränkungen ist lang. Das
85 Bundesjugendwerk der AWO und seine Gliederungen kritisieren die zu geringen
86 Fördermittel und den dadurch entstehenden Mangel. Stattdessen fordern sie eine
87 Erhöhung öffentliche Zuwendungen in ausreichender Höhe um auch in Zukunft die
88 wertvolle Arbeit leisten und sich Denjenigen widmen zu können, welchen die
89 Unterstützung benötigen.

90 Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Förderung von außerschulischer
91 Kinder- und Jugendbildung auszubauen und so auszugestalten, dass wir unsere
92 Aufgaben auch zukünftig angemessen wahrnehmen können.

93

94 **Begründung:**

95 Jugendwerke sind, ganz gleich welche Gliederungsebene, immer wieder von
96 Kürzungen der öffentlichen Fördermittel bedroht oder betroffen. Dadurch sind
97 Personalstellen bedroht, Projekte gefährdet und gute Ideen können nicht umgesetzt
98 werden. Wir möchten die Bundesregierung, politische Interessensvertretungen und
99 für uns relevante Institutionen auffordern, sich gemeinsam mit uns für eine bessere
100 und verlässliche finanzielle Unterstützung stark zu machen, um unseren Zielgruppen
101 auch in Zukunft die Unterstützung sein zu können, die wir sind. Unser Anspruch ist
102 es, junge Menschen zu befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das ist
103 nur dann möglich, wenn wir selbst handlungsfähig sind und dafür brauchen wir auch
104 eine sichere finanzielle Ausstattung.

Antrag Nr. 2

Thema Europa öffne deine Türen! - Flucht ist kein Verbrechen

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 In den letzten Wochen und Monaten konnten wir fast täglich Berichterstattungen
3 über Geflüchtete in den Medien verfolgen. Viele tausend Menschen sind auf der
4 Flucht nach Europa ums Leben gekommen; einer neuen Schätzung zufolge sind
5 dies 23.000 Menschen seit dem Jahr 2000. Da die Grenzen nach Europa sehr stark
6 bewacht sind und sich die europäischen Mitgliedsstaaten zunehmend von der
7 „Außenwelt“ abschotten, versuchen viele Flüchtende über den Seeweg nach Europa
8 zu kommen. Viele der Flüchtenden haben bereits vor der lebensgefährlichen
9 Überfahrt viele hundert, manchmal auch tausende Kilometer zurück gelegt. Sie
10 haben alles hinter sich gelassen. Sie besitzen oft nicht mehr als das, was sie am
11 Körper tragen. Sie fliehen vor Krieg, Hunger, Gewalt, Verfolgung oder vor (sexueller)
12 Ausbeutung. Sie haben ihre Heimat verlassen, um ihr Leben zu retten. In restlos
13 überfüllten Booten machen sie sich auf den Weg, meist von Nordafrika, nach
14 Europa.

15
16 Diejenigen, die an Europas Küsten landen, müssen erfahren, dass sie nicht die
17 gleichen Rechte haben wie alle anderen dort Lebenden. Andere fliehen über den
18 Landweg. Sie kommen zum Beispiel aus Syrien. Der anhaltende Krieg dort, die
19 Unruhen z.B. in der Ukraine und viele weitere Krisenherde auf der Welt werden den
20 Strom von Flüchtenden in den nächsten Jahren kaum abreißen lassen. Im
21 Gegenteil, die Zahl Derjenigen, die auf der Suche nach einem Leben ohne Angst
22 und Hunger sein werden, wird vermutlich steigen.

23 Die Europäische Union wird auch weiterhin das Ziel vieler dieser Flüchtenden sein.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

24 Deutschland wird auch zukünftig Geflüchtete aufnehmen. Die Frage ist nur, wie
25 zukünftig mit Menschen in diesem Land und in der EU umgegangen werden soll. In
26 den vergangenen Jahren befasste sich das Jugendwerk der AWO immer wieder mit
27 dem Thema Flucht & Asyl. Bereits auf den letzten Konferenzen wurden zu den
28 Themen Beschlüsse gefasst. Leider hat sich in jüngster Vergangenheit wenig an der
29 Lage von Geflüchteten in Deutschland geändert. Noch immer bestehen
30 Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Sammelunterkünfte. Noch immer
31 haben Geflüchtete nicht die selben Rechte wie andere Einwohner*innen
32 Deutschlands und Europas. Noch immer dürfen Geflüchtete ihren Lebensunterhalt
33 nicht von Beginn an selbst verdienen, sich nicht selbst eine Wohnung suchen oder
34 an Integrationskursen teilnehmen. Viele 'Geduldete' sind jahrelang von einer
35 Abschiebung bedroht.

36

37 Wir fordern von der Bundesregierung und dem Bundestag sowie dem Europäischen
38 Parlament, dass Flucht in Europa nicht länger wie ein Verbrechen behandelt wird.
39 Wir fordern, dass Geflüchtete von Beginn an die selben Rechte haben wie alle
40 anderen Bewohner*innen dieses Landes. Das, was Deutschland und die
41 Europäische Union nach außen vertreten, müssen sie auch selbst umsetzen. Wenn
42 diese „Wertegemeinschaft“ sich anderswo gegen Menschenrechtsverletzungen
43 einsetzt, darf sie diese nicht selbst begehen. Flucht ist kein Verbrechen!

Antrag Nr. 3

Thema Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsform

Antragsteller Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.

- 1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**
2 Das Jugendwerk sucht mithilfe eines Arbeitskreises praktikable, lebbare Alternativen
3 zur kapitalistischen Wirtschaftsform. An diesem Arbeitskreis sollen sich so viele
4 unterschiedliche Gliederungen beteiligen, damit ein Jugendwerkskonzept entstehen
5 kann.
- 6 Der Arbeitskreis soll explizit keine ökonomische Utopie konzipieren, sondern einen
7 Entwurf mit Praxisanleitungen erstellen, um Jugendwerke und
8 Jugendwerk(l)er*innen einen Austritt aus dem Kapitalismus im Kapitalismus zu
9 ermöglichen. Wir brauchen neue Strukturen, um die Ausbeutung und Herrschaft des
10 Menschen durch den Menschen über den Menschen zu beenden. Der Arbeitskreis
11 soll die bestehende Praxis in den Jugendwerken evaluieren und geeignete Formen
12 des Wirtschaftens und Lebens entwerfen, mit denen das Jugendwerk dem
13 kapitalistischen System etwas entgegensetzen kann, dabei kann und soll der Blick
14 explizit über den Tellerrand gehen und auch in anderen Ländern, Gruppen und
15 Jugendverbänden nach Alternativen gesucht werden.
- 16 Es soll dazu eine Broschüre mit Bestandsaufnahme, Analyse und Ergebnissen
17 erstellt werden. Außerdem soll es eine Broschüre mit möglichen Alternativen zu
18 bestehenden Wirtschaftsformen mit dem Schwerpunkt praktischer Orientierungen
19 (was ist wie möglich, rechtliche Formen etc.) geben. Darüber hinaus erarbeitet der
20 Arbeitskreis einen Plan zur Implementierung der Ideen. Beide Broschüren sind der
21 Bundesjugendwerkskonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen und das weitere
22 Vorgehen ist zu diskutieren. Der Arbeitskreis berichtet dem Vorstand und dem

Empfehlung der Antragskommission

- Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

- Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

23 Bundesjugendwerksausschuss.

24 **Begründung:**

25 Beschlüsse zur Abschaffung des Kapitalismus und zur Schaffung des Sozialismus
26 sind in der Vergangenheit gescheitert. Es existiert kaum eine Alternative zu
27 kapitalistischem Wirtschaften. Es geht daher darum eine bzw. mehrere Alternativen
28 zu entwerfen und zu erproben, denn der Sozialismus ist kein Traum, wenn wir nur
29 wollen. Denn der Sozialismus will getan werden, nicht gedacht! Es ist wichtig, dass
30 sich möglichst viele Gliederungen und Mitglieder beteiligen, um ein vielfältiges
31 Konzepte bzw. vielfältige Konzepte zu erreichen, die wir erproben können, um
32 endlich aus dem Kapitalismus austreten zu können - zumindest innerlich, wenn
33 äußerlich keine Fluchtmöglichkeit besteht. Wir müssen uns bekennen, nehmen wir
34 unsere Werte des (demokratischen) Sozialismus ernst, oder nicht? Falls ja, dann ran
35 an die Umsetzung sozialistischen Lebens, falls nein, brauchen wir uns mit Ideologie,
36 Rhetorik und Analyse nicht mehr aufhalten, sondern machen unser Ding – Wir
37 müssen uns nur entscheiden.

Antrag Nr. 4

(Neufassung)

Thema Außerparlamentarische Opposition zur Großen Koalition

Antragsteller Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Bundesjugendwerk soll in der jetzigen Legislaturperiode des Deutschen
3 Bundestages die Arbeit der Regierungskoalition kritisch begleiten, vor allem zu
4 relevanten Themen des Jugendwerks, wie dem Kinder- und Jugendplan des
5 Bundes, (eigenständige) Jugendpolitik, Familienpolitik, Sozialpolitik usw.

6 Das Bundesjugendwerk berichtet regelmäßig über Aktivitäten der Großen Koalition
7 und bezieht öffentlich Stellung zu, als problematisch empfundenen, Entscheidungen,
8 Aktivitäten etc.

9

10 **Begründung:**

11 Eine verfassungsändernde Mehrheit zweier Parteien im Deutschen Bundestag ist
12 selten. Aufgrund der schwachen parlamentarischen Opposition, die de facto kaum
13 etwas bewirken kann, muss es eine gesellschaftliche wachsame Zivilgesellschaft
14 geben. Daher muss sie auch vom Jugendwerk beobachtet und kritisch begleitet
15 werden.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

Antrag Nr. 5

Thema Privatsphäre als hohes Gut verstehen

Antragsteller Landesjugendwerk der AWO Brandenburg

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Die Bundeskonferenz möge beschließen, dass sich der Vorstand des
3 Bundesjugendwerks in den kommenden Debatten für den Erhalt der Privatsphäre
4 als zu schützendes Gut ausspricht und zusammen mit seinen Gliederungen dies
5 sowohl öffentlich als auch verbandsintern (Bsp.: in Seminaren) vermittelt.

6 Im nächsten Ausschuss sollen insbesondere die verbandsinternen Verfahren auf
7 Einhaltung der Privatsphäre geprüft und reflektiert werden. Dabei soll die praktische
8 Umsetzung im Auge behalten werden.

9

10 **Begründung:**

11 Immer neue und immer größere Vergehen an der Privatsphäre des einzelnen
12 Menschen werden begangen und durch Personen wie Edward Snowden aufgedeckt.
13 Aus unserer Sicht ist dies anscheinend einem Großteil der Bevölkerung egal, was
14 eventuell im Zusammenhang mit Uninformiertheit zu dem Thema steht.

15 Sei es das Abhören von Telefonaten, Mitlesen von Nachrichten bis hinzu
16 Aufzeichnen von eingebauten Computerkameras; dadurch ging jedes Maß an
17 Privatsphäre verloren.

18 Da wir nicht davon ausgehen, dass dies sämtliche Vergehen gewesen sind, müssen
19 wir uns als Kinder- und Jugendverband mit gesamt gesellschaftlichen Aufgaben
20 auch zu diesem Thema klar positionieren.

21 Nie wieder dürfen Praktiken, wie sie in der DDR üblich gewesen sind, in einem freien
22 Rechtsstaat und dessen Partnern angewendet werden!

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

Antrag Nr. 6

(Neufassung)

Thema Weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit

Antragsteller Ortsjugendwerk der AWO Essen Wasserturm,
Landesjugendwerk der AWO Baden-Württemberg
Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Bundesjugendwerk regt in den kommenden zwei Jahren eine weitere
3 Auseinandersetzung mit dem Thema „Nachhaltigkeit und Konsum“ in unserem Verband an.
4 Dazu wird ein Arbeitskreis gegründet, in dem eine umfassende Position, inklusive
5 praktischer und pädagogischer Umsetzungsmöglichkeiten für die Praxis, zum Thema soziale
6 Nachhaltigkeit erarbeitet werden. Außerdem soll sich auch intensiv dem Thema
7 Nachhaltigkeit und Globalisierung gewidmet werden. Dazu werden momentane Ansätze
8 innerhalb des Jugendwerks evaluiert sowie eine Best Practice Sammlung angelegt, die allen
9 Jugendwerken zur Verfügung gestellt wird. Außerdem sollen zum Thema Methoden und
10 Arbeitsmaterialien zur altersgerechten Auseinandersetzung für unsere pädagogische Arbeit
11 mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entwickelt werden.

12 Im Arbeitskreis sollen insbesondere (aber nicht ausschließlich) folgende Fragen bearbeitet
13 werden:

- 14
15 - Was ist soziale Nachhaltigkeit und bewusster Konsum?
16 - Was bedeutet Nachhaltigkeit für das Jugendwerk?
17 - Welche ökologischen und ökonomischen Faktoren sind für eine soziale
18 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu berücksichtigen?
19
20 - Welche Bedeutung hat nachhaltiger Konsum für eine weltweite und
21 generationsübergreifende soziale Gerechtigkeit
22 - Was für Best Practice Beispiele gibt es schon in den Gliederungen zum Thema?
23 - Wie können wir das Thema in unserer pädagogischen Arbeit mit Kindern und
24 Jugendlichen angehen?
25 - Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit für eine (demokratisch) sozialistische
26 Gesellschaft?
27 - Wie trägt Nachhaltigkeit im Sinne des Jugendwerks zur Erreichung des
28 (demokratischen) Sozialismus bei?

Empfehlung der Antragskommission

- Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

- Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

29 Daraus soll ein sozialverträgliches, junges, ganzheitliches Konzept für das JW und seine
30 Mitglieder entstehen mit praktischen, alltäglichen Umsetzungsmöglichkeiten.

31

32 **Begründung:**

33 Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Thema für das Jugendwerk und Teil unseres
34 Grundsatzprogramms. Laut Grundsatzprogramm verstehen wir Nachhaltigkeit als weltweite
35 und generationenübergreifende soziale Gerechtigkeit. In unserer globalisierten Welt ist
36 soziale Gerechtigkeit immer mit Nachhaltigkeit verknüpft. Es Bedarf einer weiteren
37 Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit in unserem Verband, um die im
38 Grundsatzprogramm beschriebenen Ziele und Aufgaben erreichen und ausfüllen zu können.
39 Die im Grundsatzprogramm genannten Zielen und Aufgaben müssen weiter bearbeitet und
40 konkretisiert werden, um sie in unserer pädagogischen Arbeit aufgreifen und vermitteln zu
41 können. Außerdem zeigt die Beteiligung vieler interessierter Gliederungen und JWler*innen
42 beim Seminar „Konsum und Nachhaltigkeit“ im März 2013 das Interesse der Aktiven in
43 unserem Verband an der Thematik.

44

45 **Auszug aus dem Grundsatzprogramm:**

46 Die Abwägung zwischen materiellen Ansprüchen und ökologischen Notwendigkeiten ist
47 unabdingbar – Änderungen im Lebensstil und im Umgang mit natürlichen Ressourcen sind
48 dringend nötig. (...) Die Frage nach Gerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen und der
49 Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für alle (muss) neu gestellt werden. Ein
50 auf Verwertungslogik und Ressourcenausbeutung begründetes Wirtschaftswachstum als
51 dominierendes politisches Ziel stellen wir in diesem Zusammenhang in Frage. Noch immer
52 werden Mensch und Natur zugunsten ökonomischer Vorteile ausgebeutet. Noch immer wird
53 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts mit einer Verbesserung des sozialen
54 Wohlergehens gleichgesetzt – Wachstum scheint alternativlos. Mit dieser Zielmarke müssen
55 wir brechen und anderen Indikatoren ein stärkeres Gewicht geben, zum Beispiel der
56 ausgeglichenen Einkommensverteilung oder den öffentlichen Ausgaben für das
57 Gesundheitswesen, Bildung und ehrenamtlichem Engagement. (Bundesjugendwerk der
58 AWO 2013: Grundsatzprogramm, Seite 27f).

Antrag Nr. 8

Thema Leitsätze des Jugendwerkes

Antragsteller Landesjugendwerk der AWO Nordrhein-Westfalen
Bezirksjugendwerk der AWO Westliches Westfalen

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Der Punkt 5 der Leitsätze des Jugendwerkes wird wie folgt ergänzt:

3

4 **5. Aufgaben:**

5 *Der Schwerpunkt der Aufgaben des Jugendwerkes liegt in der Gruppenarbeit mit*
6 *Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. **Dabei vollzieht sich die Arbeit***
7 **des Jugendwerkes in vielfältigen Formen und Gruppen, unter anderem durch**
8 **Maßnahmen im Sinne des § 11, Absatz 3 Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB**
9 **VIII).** *Als Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen macht es sich das*
10 *Jugendwerk zur Aufgabe, allen jungen Menschen Partizipation innerhalb der*
11 *Gesellschaft zu ermöglichen. Das Jugendwerk erfüllt diese Aufgabe, indem es*
12 *Räume der außerschulischen Jugendbildung und Jugendförderung schafft, in denen*
13 *sich junge Menschen aktiv entfalten können. In diesem Rahmen ermöglicht das*
14 *Jugendwerk demokratische, dialogische und wechselseitige Bildungs- und*
15 *Entscheidungsprozesse. Aus der wertebezogenen Gruppenarbeit mit Kindern,*
16 *Jugendlichen und jungen Erwachsenen entwickelt das Jugendwerk seine*
17 *Positionen, die es durch aktives Handeln nach innen und außen sowie durch*
18 *Forderungen an die politischen EntscheidungsträgerInnen vertritt.*

19

20 **Begründung:**

21 Erfolgt mündlich.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

Antrag Nr. 9 [S1]

Thema Satzungsänderung Entsendung von zwei Vertreter*innen des Bundesjugendwerks in das Bundespräsidium der AWO (Änderung § 7 Absatz 4)

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Die Satzung des Bundesjugendwerks wird wie folgt geändert:

3

4 *§7.4. Der Vorstand benennt ~~ein volljähriges Mitglied~~ zwei volljährige Mitglieder für*
5 *die Teilnahme an den Sitzungen des Präsidiums des Bundesverbandes der*
6 *Arbeiterwohlfahrt.*

7

8 **Begründung:**

9 Die Satzung des AWO Bundesverbandes wurde auf der letzten Bundeskonferenz im
10 November 2012 dahingehend geändert, als dass das Bundesjugendwerk nun zwei
11 stimmberechtigte Vertreter*innen in das AWO Bundespräsidium entsenden darf. Die
12 hier zu beschließende Änderung ergibt sich aus dieser Satzungsänderung seitens
13 der AWO.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

Antrag Nr. 12 [S4]

Thema Satzungsänderung Aufwandsentschädigung (Anpassung § 7 Absatz 8)

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Die Satzung des Bundesjugendwerks der AWO e.V. soll im § 7 Abs. 8 wie folgt
3 ergänzt werden:

4

5 *Die Mitglieder des Vorstands und der Revision haben Anspruch auf Erstattung ihrer*
6 *im Zusammenhang mit der Vorstands- und Revisionstätigkeit entstehenden*
7 *Auslagen. Darüber hinaus kann eine angemessene Vergütung im Sinne einer*
8 *pauschalen Aufwandsentschädigung gewährt werden. Die Entscheidung über die*
9 *Höhe der Aufwandsentschädigungen trifft die Bundesjugendwerkskonferenz.*

10

11 **Begründung:**

12 Erfolgt mündlich.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung

Annahme

Nichtbehandlung

Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung

angenommen

verwiesen an den Vorstand

abgelehnt

Antrag Nr. 13

Thema Pauschalen für Vorstände im Bundesjugendwerk

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Die Konferenz möge beschließen, dass der Bundesjugendwerksvorstand inkl. der
3 Revision ein monatliches Budget von 810 € für Aufwandsentschädigungen zur
4 Verfügung hat. Die Verwendung dieses Budgets wird vom
5 Bundesjugendwerksvorstand entschieden.

6 Der Beschluss soll bis zur Bundeskonferenz 2016 wirksam sein.

7

8 **Begründung:**

9 Aktuell stehen dem Vorstand 400 € pro Monat als Aufwandsentschädigung zur
10 Verfügung. Zusätzlich werden pro Person 15 € je Monat pauschal für Telefonkosten
11 übernommen. Zusätzlich erhalten Mitglieder des Bundesvorstandes eine Pauschale
12 für die Vorbereitung und Durchführung von Bildungsseminaren (nicht
13 Vorstandssitzung, Bundesausschuss etc...).

14 Verglichen mit anderen Mitgliederverbänden sind diese Entschädigungen
15 unverhältnismäßig niedrig. Häufig sind Vorstände in anderen Verbänden
16 hauptamtlich angestellt oder erhalten deutlich höhere Entschädigungen. Im
17 Bundesjugendwerk der AWO ist das nicht der Fall, dennoch sind viele Aufgaben und
18 Verpflichtungen, die vom ehrenamtlichen Vorstand erfüllt werden, sehr
19 zeitaufwendig und finden im Rahmen der gängigen Arbeitszeiten statt. Das macht es
20 fast unmöglich einer 100%-Arbeitsstelle nachzugehen. Aus diesem Grund wird
21 beantragt, den Betrag der Vorsitzenden auf 200 € pro Monat pauschal anzuheben.
22 Dieser Betrag ist brutto zu verstehen und muss versteuert werden, da es sich nicht
23 um eine Übungsleitungspauschale, sondern eine nebenberufliche Tätigkeit nach § 3

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

24 Nr. 26a EStG und § 14 Abs. 1 SGB IV, handelt. Der Freibetrag beträgt 720 € pro
25 Jahr.
26 Der beantragte Betrag der Beisitzenden entspricht in etwa der Höhe, die Jemand
27 erhält, der durchschnittlich viele Seminare durchführt. In der Vergangenheit zeigte
28 sich eine Problematik, unterschiedliche Pauschalen auszuzahlen. Sowohl die
29 unterschiedliche Deklaration nach Einkommensteuergesetz als auch der hohe
30 Verwaltungsaufwand erwies sich als intransparent und aufwändig. Daher sollen
31 diese nun zusammengefasst werden. Das bedeutet, die Telefonpauschale und die
32 Aufwandsentschädigung für die Durchführung von Seminaren wird durch eine
33 pauschale Aufwandsentschädigung für alle ersetzt. Eine Annahme des Antrages
34 dient der Vereinfachung und steuerlichen Transparenz des aktuellen Verfahrens.

Antrag Nr. 15

Thema Qualität pädagogischer Betreuung bei Jugendreisen

Antragsteller Bezirksjugendwerk der AWO Hessen-Süd e.V.,
Landesjugendwerk der AWO Baden-Württemberg

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Präsidium des AWO Bundesverbandes und der Bundesjugendwerksvorstand
3 werden aufgefordert zusammen einen Prozess zur Erarbeitung gemeinsamer
4 Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendreisen, die für das Jugendwerk und die
5 AWO gelten, zu initiieren. Dabei sollte sich die AWO an den bestehenden Standards
6 des JW orientieren. Falls notwendig stellt das Bundesjugendwerk dazu einen
7 Konferenzantrag an die AWO Sonderkonferenz 2014 oder an die nächste
8 ordentliche Bundeskonferenz der AWO, um den Prozess zu initiieren.

9

10 **Begründung:**

11 Die AWO und das Jugendwerk sind etablierte Anbieter von Ferienfreizeiten und
12 Jugenderholungsmaßnahmen. Eltern und Teilnehmer*innen unterscheiden nicht
13 zwischen Angeboten des Jugendwerks und der AWO und erwarten berechtigter
14 Weise eine gleich hohe Qualität bei den pädagogischen Angeboten unseres
15 Verbandes. Die Jugendwerke haben sich bundesweit auf gemeinsam gültige
16 Qualitätsstandards für Ferienfreizeiten und Jugendreisen geeinigt. Auch viele AWO
17 Gliederungen veranstalten Ferienfreizeiten oder verkaufen Angebote kommerzieller
18 Anbieter weiter. Das Jugendwerk und die AWO müssen gemeinsame
19 Qualitätsstandards für den Arbeitsbereich Kinder- und Jugenderholung entwickeln,
20 um bei allen Angeboten, die den Kunden im Namen des JW oder der AWO gemacht
21 werden, eine vergleichbar hohe Qualität sicherstellen zu können.

22

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt

- 23 **Anlage:**
- 24 Antrag 1.10.1. Kinder- und Jugendarbeit, in: Protokoll der Arbeiterwohlfahrt
- 25 Bundeskonferenz 1989, Bonn, S. 55-57

Antrag Nr. 18

Thema Aktualisierung Praxismappe

Antragsteller Vorstand Bundesjugendwerk der AWO e.V.

1 **Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:**

2 Das Bundesjugendwerk beruft ein Gremium, das sich mit der Aktualität der
3 Praxismappe beschäftigt. Es soll geprüft werden, wie zeitgemäß die Praxismappe ist
4 und wie man sie möglichst gut erweitern kann.

5

6 **Begründung:**

7 Die Praxismappe wurde zuletzt 2012 Inhaltlich überarbeitet. Seit dem sind zwei
8 Jahre vergangen und längst haben sich im Jugendwerk einige Methoden etabliert,
9 um die es schade wäre, sie nicht schriftlich zu sammeln. Die Idee ist es, zu
10 sammeln, was in der Praxismappe fehlt und dann zu überlegen, wie ein
11 Erweiterungsheft oder sogar weiterer Band gestaltet werden kann.

12

13 **Kindgerechte Fassung:**

14 Das Jugendwerk soll eine Erweiterung für die Praxismappe erstellen. Die
15 Praxismappe ist ein Buch mit Anleitungen für Spiele.

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung
Annahme
Nichtbehandlung
Ablehnung

Beschluss der Konferenz

Nichtbefassung
angenommen
verwiesen an den Vorstand
abgelehnt